

## Usquith über die Wirtschaftskonferenz.

### Verweigerung der Meistbegünstigung an Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

N. Rotterdam, 3. August. Bei der Beratung über die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz führte Usquith im Unterhause nach dem Bericht des „Nieuwe Rotterdamschen Courant“ weiterhin aus:

In den besetzten Gebieten Belgiens und Frankreichs hat Deutschland Werkstätten und Fabriken zerstört und große Mengen von Maschinen und Rohstoffen weggeführt, ohne von den Menschen zu sprechen, die nach den Industriezentren Deutschlands und Oesterreich-Ungarns geschickt wurden. Es verfügt außerdem über eine mächtige Handelsflotte, die augenblicklich sicher in den eigenen Häfen oder in Häfen neutraler Länder liegt. Aus den deutschen Handelsblättern geht deutlich hervor, daß die Deutschen mit diesen Faktoren rechnen, um die industrielle und kommerzielle Wiedergeburt der Alliierten zu behindern. Die Deutschen haben schon jetzt die Industrien für einen Vorstoß auf die Märkte der Entente und für eine energische, wenn möglich siegreiche Mitbewerbung in den neutralen Ländern während der Zeit der allgemeinen Erholung vom Kriege organisiert.

Die Wiederherstellung des verwüsteten Gebietes ist die allererste Forderung der Alliierten und diese Wiederherstellung muß sowohl die Erzeugung der Rohstoffe wie die der industriellen Maschinen, Ackerbauwerkzeuge, Vorräte und Handelsschiffe einschließen.

Außerdem verpflichteten sich die Alliierten untereinander, den feindlichen Mächten für eine Anzahl Jahre die Behandlung auf der Basis der Meistbegünstigung zu verweigern. Das bedeutet, daß für diese Periode das Entgegenkommen, das die Alliierten einander beweisen werden, nicht auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn ausgedehnt werden soll.

Außerdem werden die Alliierten in der Zeit der Erholung vom Kriege ihre Hilfsmittel unter Bedingungen austauschen, die die Maßregeln Deutschlands, sich Vorräte und Material aus den neutralen Ländern zu sichern, durchkreuzen werden.

Wir müssen alle deutschen Monopole, die vor dem Kriege bestanden haben, wie zum Beispiel das Metallmonopol in Australien, verhindern. Das Handelsamt ist eifrig an der Arbeit, Pläne zu entwerfen, um uns von der Zufuhr aus Feindesland unabhängig zu machen. Was Hartstoffe, nichttraffiniertes Zink und andere wichtige Artikel betrifft, ist bereits der Plan für die Subsidierung der hierfür nötigen wissenschaftlichen und industriellen Untersuchungen aufgestellt.

Der Premierminister führte weiter aus, daß sich die Beschlüsse der Pariser Konferenz nicht gegen die Neutralen richteten. Es stehe im Gegenteil fest, daß die wirtschaftliche Offensive, die die Alliierten fürchteten, auch für die Neutralen, deren Interessen dieselben seien wie die der Alliierten, Gefahren einschleife.

### Stimmen zur Rede Usquiths.

N. London, 3. August. Die protektionistische Presse ist mit Usquiths Rede sehr zufrieden. Namens des unionistischen Kriegskomitees erklärte Carson, daß die Pläne, die der Premierminister darlegte, allgemeiner Natur seien. Sie bänden aber die Regierung; diese könne davon nicht wieder abgehen. Was solle aber nun in England geschehen und welcher Plan sei beschlossen, ehe der Friede zustandekomme? Carson verlangte einen bestimmten Plan, vor allem, um zu verhindern, daß Waren unter dem Preis auf den Markt geworfen würden (Dumping), ferner Abänderung der fiskalischen Politik, um auf diese Weise Deutschland zu treffen und seinen Handel auf das Reichsinnere zu beschränken.

„Daily News“ nimmt entschieden gegen diese neue Handelspolitik Stellung.

Auch „Daily Chronicle“ erklärt: Wir wünschen nicht, daß England und die Alliierten einen Handelskrieg ansfangen und die Feindschaften nach dem Friedensschluß fortsetzen. Es gibt viele Menschen, die einen Handelskrieg mit Deutschland mit Beifall begrüßen. Wir müssen uns deutlich vor Augen halten, daß es für uns notwendig ist, zunächst den militärischen Krieg zu gewinnen, und zwar gründlich zu gewinnen, und daß der Friede, der darauf folgt, ein wirklicher Friede sein muß.